

In dieser Ausgabe

1	Messianisches Pastorale Zum Weihnachtsfest
2	Herbsttagung des EAK Sachsen-Anhalt Rückblick 2004
3	Sachsen-Anhalt sollte am KiFöG festhalten
4	Bt-Mais in Sachsen-Anhalt
5	Kirchen bleiben im Dorferneuerungsprogramm außen vor
6	EAK Sachsen-Anhalt Mitgliederversammlung und Vorstandsneuwahl
7	Einladung des EAK Niedersachsen nach Hermannsburg

Vereinigung der CDU im
CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt

Post über: CDU-Fraktion im Landtag
Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Rundbrief des EAK Sachsen-Anhalt

Liebe Freunde

Das Weihnachtsfest kommt in großen Schritten auf uns zu. Wir alle freuen uns schon ein Jahr darauf. Und doch ist nicht alles so, wie im letzten Jahr. Wir sind in unserem Kaufverhalten noch restriktiver geworden und misstrauisch gegenüber jeder Ankündigung von Änderungen. Auf der anderen Seite gibt es eine immer stärker werdende Exportnachfrage. Einige Firmen, auch einige die ich kenne, können den Auftragsbestand kaum bewältigen. Ebenso sind die Spareinlagen bei Banken in Deutschland auch in diesem Jahr erheblich gestiegen.

Wir reiben uns die Augen und fragen, was stimmt denn nun? Ist die medial gezeichnete Angstwelt real? Oder ist Deutschland ein Land überängstlicher Leute? Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen. Wir alle spüren, dass Reformen notwendig sind, dabei ist auch Liebgewordenes aufzugeben. Aber auch die Frage nach dem Umfang des Wohlstandes des Einzelnen ist neu zu beantworten.

In diese gemischte Gefühlslage hinein strahlt ein länger verborgener



St. Annen – Annaberg
restauriert Glasmalerei B. Dunger, vorm. Beier & Walther, 1991
(Fenster N IV)

Wert. Wir feiern Weihnachten als Gedenken an Gottes Angebot - das Kind in der Krippe. Damit ist eine neu aufkommende Hoffnung für unser Land und für unsere Welt ver-

bunden, die uns Mut machen will.

Aber Gott macht das ganz anders, als wir uns das so denken. Dabei aber überwältigend und großartig auf seine Art. Denn er macht sich für uns klein. Als Kind kommt er in unsere Welt. Ein heruntergekommener Gott, ein Gott zum Anfassen. In Jesus läuft er uns entgegen. Er spricht unsere Sprache, damit wir ihn verstehen. Sein Kommen bedeutet Vertrauen und Liebe, nicht Angst und Gegenwehr. Er will uns nicht Furcht einflößen und durch Größe beeindrucken, er kommt behutsam und liebevoll. Er ist um uns bemüht und bietet uns seinen reichen Segen an.

Das sind Zeichen der Hoffnung. Ich wünsche mir, dass sie auch bei Ihnen ankommen.

Nach nunmehr 10 Jahren möchte ich mich bei Ihnen als Redakteur dieses EAK-Rundbriefes verabschieden. Danke für ihre Treue. Die Redaktion übernimmt im neuen Jahr Herr Wolfgang Löw.

Michael Schekatz

Messianisches Pastorale

Paraphrase zu Lukas 2,8

Das Weihnachtsfest hat eine besondere Wirkung und Wirkungsgeschichte des Gemütes. Sein Ambiente spricht das menschliche Gefühl, ja unsere Sehnsüchte nach Wärme und Heimeligkeit an. Kerzen, Krippe, Baum und Sterne: Symbole auch des beschaulichen, nicht aktivistischen Lebens und doch auch mehr als nur des Selbstgenusses. Viel trägt dazu dieser Vers bei: Er verfehlt seine Wirkung als wichtige Szene in unseren weihnachtlichen Krippenspielen nicht. Romantische Urgefühle und heimeliges Schauern durchwehen die Seelen der Kinder

und Eltern, bei den Großeltern steigen Reste von Selbsterfahrungen der menschlichen Vernetzungen mit Tier und Natur aus den Seelenschächten auf. Und die Flötenmusik in dieser Szene stimmt ein und stimmt im Herzen die ureigensten Lebensmelodien weckend und sensibilisierend an.

Und ist nicht das beschauliche Leben auch wahrhaftig Wunsch und Teil des guten Daseins?! Ja, sogar ein Tor und eine Tür zur Selbstoffenbarung Gottes in der Schöpfung: "Wenn ich sehe die Himmel, Deiner Hände Werk, den Mond und die Sterne, die Du bereitet hast..." Klingt das nicht fast wie für eine Hirtenzene, beschauliche Messe, gedichtet, gebetet? Zugleich Selbstoffenbarung Gottes in und durch die Schöpfung in harmonischer Balance mit der weihnachtlichen in seinem Sohn.

Das Hirtenparadigma hat, z.B. bei Vergil wie auch in diesem Vers, sehr stark das aktive, zielbewusste, angespannte (nicht überspannte) Leben zu seinem Inhalt: Wachsam in das Leben und seine Zeichen hineinhören, sofort handeln können, weil auf alles vorbereitet und gefasst - es braucht dann nur noch zu geschehen! Ob bei Wölfen und Räubern oder, wie hier zudem, bei göttlichem Signal, Sternenglanz und Engelsstimme. Den rechten Augenblick erfasst, im wahrsten Sinne des Wortes ergriffen. Und doch nicht in Selbstschau versunken, sondern mit sich, über sich hinaus, zu anderen geeilt, wie die weihnachtlichen Gottesdienstbesucher in ihre Familien.

Hirte des Lebens zu sein im Angesicht Gottes, seiner Schöpfung, seines Sohnes, seines Geistes: ein wichtiger Teil für uns, neben Maria, neben den Engeln.

Pfr. Georg Nuglisch

Herbsttagung des EAK Sachsen-Anhalt im Bildungszentrum Schloss Wendgräben

29. Oktober - 31. Oktober 2004

Wir beklagen oft sehr pauschal, dass für unsere Familien sehr wenig gemacht wird. Wenn man dann fragt: Was können wir tun, werden die Töne schon sehr viel leiser. Aber damit ist ja das Problem, dass wir weniger Familien mit Kindern haben, noch nicht gelöst.

Auch die CDU hat sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen mit diesem Thema befasst. Dabei ist deutlich geworden, mit einfachen administrativen Schritten ist kein kinderfreundliches Klima in unserem Land zu schaffen. Hier ist sehr viel Detailarbeit notwendig. Deshalb haben wir unsere Herbsttagung diesem Thema "Familie mit Zukunft" gewidmet.

Am Anfang standen Thesen, die aus unserem Alltagserleben heraus das Thema in seiner Vielfalt zeigen:

1. Ehe und Familie zählen in Deutschland zu den gefährdeten Lebensformen.
2. Junge Menschen schätzen den Wert von Ehe und Familie heute höher ein als die Generationen ihrer Eltern und Großeltern.
3. Welchen Stellenwert die Familie für die individuelle Lebensplanung erhält, ist in hohem Maße von konkreten sozialpolitischen Richtungsentscheidungen abhängig.
4. Eine christlich-orientierte Familienpolitik muss den Wert der Familie als Solidargemeinschaft in den Mittelpunkt stellen.

In einem ersten Themenbeitrag von Herrn Reinhard Grohmann vom CVJM Halle wurde herausgearbeitet,

dass Familienpolitik nicht nur "Kindererzeugungspolitik" ist, sondern auch in alle Lebensbereiche hinein strahlt. Die Familie basiert auf der Ehe von 2 Menschen, die sich ein verlässliches und durchtragendes Versprechen gegeben haben. Darauf baut auch die soziale Generationenfrage auf.

Herr Grohmann zeigte anhand einiger Beispiele auf, dass die Erwartungen an eine Ehe oft völlig überzogen sind. Ehe bildet eine Struktur für eine Beziehung, ist aber nicht deren Erfüllung. Daher ist es ganz wichtig, dass der Umgang mit dem Partner, mit Kindern und der darum herum angesiedelten Gesellschaft besprochen und weitervermittelt wird. Hierfür sind Plattformen notwendig, die in der Familie, im kirchlichen Umfeld und auch in der Gesellschaft vorzuhalten sind. Da die Erziehung im Elternhaus stark zurückgegangen ist, reichen die anderen Angebote noch nicht aus.

In einem weiteren Vortrag ging dann Herr Hans-Arved Willberg auf Möglichkeiten der Gestaltung einer Beziehung ein. Aus seinem Blickwinkel heraus sind Schwierigkeiten in der Beziehung, wenn sie ausgehalten werden, eine Bereicherung. Sie führen zu Wachstum und zu Qualität.

Aus den individuellen Unterschieden der Partner heraus kann eine Ehe gut gelingen, wenn da einige Knackpunkte beachtet werden. Zuerst muß man sich der "Störfaktoren" wie Finanzen, Freizeit, Verwandtschaft, Freunde, Bekannte, Sexualität, Kinder, Elternschaft, Persönlichkeit, Rollenverständnis, Glaubensüberzeugungen, Kommunikation und Konfliktlösung bewußt werden und dazu verständigen. Ziel dabei ist es, eine Partnerschaft in Eigenständigkeit aufzubauen. Dabei muß jeder Partner zu sich selbst finden und sich seiner bewußt

werden. Eine Falle auf dem Weg zu diesem Ziel ist der "kommunikative Teufelskreis". Das heißt: Ich muß erst klären, wie Partner kommunizieren und dass sie kommunizieren, bevor ich den Konflikt lösen kann. Dazu gibt es eine Reihe von Möglichkeiten in der Ehe- und Konfliktberatung, die Ehepaare nutzen können.

Eine weitere Grunderkenntnis ist, dass nicht die Ereignisse an sich uns Probleme machen, sondern die Art, wie wir darüber denken. Auch hier ist die Kommunikation über das Denken und Empfinden unerlässlich.

Dabei ist sinnvoll, die positiven Aspekte herauszuarbeiten und Contrapositionen abzubauen. Herr Willberg hat hier auf eine goldene Regel, die schon in der Bibel zu finden ist, hingewiesen: Was du willst, dass dir die Menschen tun, so tue es ihnen auch. Also fange ich an, Gutes zu tun. Für uns die Botschaft: Fangen auch wir an, Engelskreise aufzubauen.

Herr Thomas Claus vom Gender-Institut Sachsen-Anhalt hat uns mitgenommen in die Welt der statistischen Erhebungen. Anhand verschiedener statistischer Befragungen hat er aufgezeigt, dass die Kinderfeindlichkeit in Deutschland nicht vordergründig eine Kostenfrage ist. Es muß eine Reihe von Ursachen im Denken der Leute, in der Freizeitvorstellung und in der beruflichen Selbstverwirklichung geben, die gegen Kinder gerichtet sind.

Frau Ilse-Elisabeth Falk MdB hat dann in ihrem Vortrag die politischen Rahmenbedingungen aufgezeigt, die es ermöglichen sollen, dass Familien gegründet werden und Kinder kein Wohlstandsproblem werden sollen. Im Einzelnen sind das Fragen der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Erziehungsaufgaben, Tages-

mutter als anerkanntes Berufsbild, finanzielle Möglichkeiten der Ausbildung von Kindern besonders in Familien mit mehreren Kindern, Rentenrechnung bei den Müttern und auch Fragen der kommunalen Angebote. Ein Schwerpunkt dabei ist auch die Frage der Beratung. Es ist wichtig, dass Beratungsstellen im Aktionskreis der betroffenen liegen und auch kinderfreundliche Sprechzeiten haben.

Als Höhepunkt und Abschluß der diesjährigen Herbsttagung haben wir gemeinsam einen Gottesdienst unter der Leitung von Pfarrer Georg Struz in der schönen Dorfkirche von Brietzke besucht.

Michael Schekatz

Sachsen-Anhalt sollte am KiFöG festhalten

Der 23. Januar 2005 markiert ein wichtiges Datum für das Land Sachsen-Anhalt. Über ein erfolgreiches Volksbegehren hat das regierungskritische "Bündnis für ein kinderfreundliches Sachsen-Anhalt" an diesem Tag eine landesweite Abstimmung zu der Frage erzwungen, ob das Land zum alten Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG) zurückkehren soll. Im Volksabstimmungsgesetz ist festgelegt, dass dieser so genannte "Volksentscheid" erfolglos bleibt, wenn nicht mindestens 500.000 wahlberechtigte Bürger und zugleich die relative Mehrheit der Abstimmenden dem Ansinnen der Initiatoren zustimmen. Die Frage, die die Bürger auf ihren Stimmzetteln beantworten müssen, ist so formuliert, dass die Befürworter des KiBeG mit "Ja" und diejenigen Urnengänger, die das geltende Kinderförderungsgesetz (KiFöG) behalten wollen, mit "Nein" stimmen müssen.

Die CDU empfiehlt ein entschiedenes Nein beim Volksentscheid, für dessen Durchführung in den Landeshaushalt 2005/06 1,8 Mio. Euro eingestellt werden müssen. Aus christdemokratischer Sicht gibt es keinen Grund, das geltende Kinderförderungsgesetz wieder abzuschaffen.

Es stellt sich zunächst die Frage, ob das Geld zur Durchführung des Volksentscheids nicht für andere öffentliche Belange sinnvoller hätte eingesetzt werden können. Zum Vergleich: Mit der Summe von 1,8 Mio. Euro wären allein schon über 50 Prozent des Gehaltes für die hauptamtlichen Mitarbeiter in der landesweiten Jugendarbeit aufgebracht. Weitaus gravierender wirkte sich allerdings ein Erfolg des Volksentscheids aus. Mit 43 Mio. Euro würde der Landeshaushalt zusätzlich belastet. Das entspricht in etwa dem Jahrestat einer mittelgroßen Fachhochschule. In einer Stellungnahme vom November 2004 verweist zudem der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt auf erhebliche Mehrkosten für die Kommunen im Falle der Wiedereinführung des alten Kinderbetreuungsgesetzes. Die Kommunalvertreter sprechen sich eindeutig für die geltende gesetzliche Regelung aus und unterstützen damit die Position der CDU/FDP-Koalition im Land.

Abgesehen von diesen finanziellen Erwägungen gibt es keinen Grund, die geltende gesetzliche Regelung zur Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen schlecht zu reden. Sachsen-Anhalt hat das beste Kinderförderungsgesetz Deutschlands. In keinem anderen Bundesland ist der Betreuungsanspruch so weit reichend. So gilt z.B. in den westdeutschen Ländern ein gesetzlicher Betreuungsanspruch für Kleinkinder von 0

bis 3 Jahren mit einem Umfang von 5 Stunden täglich als nicht finanzierbar. Nur für 3 % der Kinder in dem betreffenden Alter steht tatsächlich ein Krippenplatz zur Verfügung. In Sachsen-Anhalt hingegen wird die staatliche Garantie eines Krippenplatzes für alle Kinder wie selbstverständlich in Anspruch genommen. Für Kinder, deren Eltern beide voll berufstätig sind, umfasst er sogar 10 Stunden an Werktagen. Daran soll sich nach dem Willen der CDU auch in Zukunft nichts ändern. Sollten noch Zweifel an den besonderen Qualitäten des KiFöG bestehen, so ist zu ergänzen: Nicht nur im west-, sondern auch im ostdeutschen Maßstab sind die sachsen-anhaltischen Betreuungsleistungen Spitze. Bestätigt wird dies nicht zuletzt durch den Umstand, dass der Prozentsatz der Eltern, die die Betreuungsleistungen in Krippe, Kindergarten und Hort tatsächlich in Anspruch nehmen, nirgends so hoch ist wie hierzulande. Das KiFöG darf aus diesem Grund als bedeutender "weicher" Standortfaktor unseres Landes gelten.

Ein besonderes Plus des KiFöG stellt der neu in das Gesetz aufgenommene Bildungsauftrag dar. Ziel ist es, über den in den vergangenen Monaten erarbeiteten Bildungsplan allen Mädchen und Jungen die gleichen Chancen für einen erfolgreichen Start in die Grundschulzeit zu ermöglichen. Die Notwendigkeit vorschulischer Bildungsangebote ist spätestens seit Veröffentlichung der PISA-Studie unumstritten. Im internationalen Vergleich zeigen deutsche Schulanfänger Defizite, die nur durch eine gezielte Förderung im Kindergarten bzw. im Elternhaus ausgeglichen werden können. Ein Zurück zum alten KiBeG bedeutete, diese Angebote ohne jede Not wieder aufzugeben. Gleiches gilt im Übrigen

auch für die durch das KiFöG erstmals alternativ geförderte Betreuungsform der Tagespflege in besonders dünn besiedelten Regionen unseres Landes.

Über Optimierungen des KiFöG auf Basis der in den vergangenen anderthalb Jahren gesammelten Erfahrungen wurde bereits im letzten EAK-Rundbrief berichtet. Es bleibt am Ende zu fragen, warum eine Bürgerinitiative aus sozialen Erwägungen gegen ein Gesetz vorgeht, das in seinen Leistungsumfängen seines gleichen sucht. Nach allen hier ins Feld geführten Argumenten für die Beibehaltung der geltenden Regelungen sollte es den Initiatoren schwer fallen, die Bürger zu "ihrem" Volksentscheid an die Urnen zu bewegen. Zum Wohle des Landes geschähe dies ohnehin nicht - und auch nicht zum Wohle der Familien. Denn eines muss bei allen Debatten über die staatliche Kinderbetreuung mit bedacht werden: Der wichtigste Ort für die Erziehung unserer Kinder ist und bleibt das Elternhaus.

Jürgen Scharf

Bt-Mais in Sachsen-Anhalt

Seit Jahren streiten sich insbesondere in Deutschland Kritiker und Befürworter der „Grünen Gentechnik“ über die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen. Die einen weisen lautstark auf die möglichen Gefahren hin, während die anderen darin die Lösung aller Welternährungsprobleme sehen. Eine Versachlichung der Diskussion ist hier sicher hilfreich. Dies soll am Beispiel des sog. Bt-Maises versucht werden, der im Jahre 2004 in Sachsen-Anhalt nicht nur in die Schlagzeilen ge-

kommen ist, sondern auch zur Zerstörung von Versuchsflächen in Bernburg führte.

Zunächst einige Anmerkungen zum fachlichen Hintergrund. Bt-Mais enthält genetische Informationen aus dem Bakterium *thuringiensis* (Bt), das in der biologischen Insektenbekämpfung seit längerem praktische Verwendung findet. Mit diesem Erbmateriale können die Maispflanzen ein Kristallprotein produzieren, das z. B. die Larven des Maiszünslers, eines in vielen Gebieten (z.B. Oderbruch oder Raum Köthen) vorkommenden Maisschädling, abtötet. Dadurch könnten in erheblichem Maße chemische Insektizide eingespart werden, was sowohl ökonomisch vorteilhaft als auch aus der Sicht der Umweltschonung vernünftig wäre.

Vor einer praktischen Nutzung solcher Pflanzen müssen natürlich die möglichen Risiken überprüft und ausgeschlossen werden. Dies ist bereits vor der Freigabe des Saatgutes durch das Bundessortenamt geschehen. Die diesjährigen Versuche sollten darüber hinaus klären, ob ein Nebeneinander zwischen genetisch verändertem (transgenem) Bt-Mais und herkömmlichem Mais möglich ist. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, dass Mais ein Windbestäuber ist, dessen Pollen in der Regel nicht weiter als 10 m fliegen. Um eine Mischung beider Sorten im späteren praktischen Anbau auszuschließen, wurden unter der Leitung des Innoplanta e.V. Gatersleben durch die Saatzuchtfirmen KWS, Monsanto und Pioneer an 30 Standorten (davon 6 in Sachsen-Anhalt) nochmals Versuche angelegt, die klären sollen, bis zu welcher Entfernung Pollen von Bt-Mais konventionelle Maispflanzen bestäuben können. Die Auswertung ist derzeit noch im Gange.

Die Versuche hatten also die Aufgabe, vor einem möglichen späteren praktischen Anbau des Bt-Maises (der übrigens ausschließlich in der Tierfütterung Verwendung findet) die Risiken einer Vermischung mit herkömmlichen Sorten abzuschätzen, sind also eine Maßnahme der Folgeabschätzung, die jeder praktischen Verwendung vorauszugehen hat. Daher waren sie auch durch das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft genehmigt. Vor diesem Hintergrund ist die Zerstörung solcher Versuche im Sinne einer Selbstjustiz nicht nachvollziehbar.

Generell erschließen gentechnische Methoden Möglichkeiten, deren Realisierung in der klassischen Züchtung sehr viel länger dauern oder gar nicht eintreten würde. Sie sind a priori weder ein Allheilmittel noch „des Teufels“, sondern können herkömmliche Verfahren sinnvoll ergänzen. Dazu bedarf es wie bei jeder anderen Erfindung des Augenmaßes. Das heißt, vor einer Anwendung müssen Chancen und Risiken gewissenhaft abgewogen werden. Genau dies geschieht zur Zeit beim Bt-Mais. Man kann - auch aus den ehrenwertesten weltanschaulichen Gründen - nicht Entwicklungen verbieten, solange keine naturwissenschaftlichen und ethischen Gründe dagegensprechen. Fazit: Forschungsergebnisse oder Erfindungen sind bezüglich ihrer Anwendungsmöglichkeiten stets janusköpfig. Verantwortliches Handeln bedeutet daher, beide Aspekte - die Chancen und die Gefahren - vor einer Anwendung gewissenhaft zu prüfen und zu wichten. Weder Verteufelung noch Euphorie sind angebracht. Mir selbst kommt es aber so vor, dass in Deutschland zur Zeit die Angst vor möglichen Gefahren überwiegt. Eine vorurteilsfreie, ge-

sellschaftliche Diskussion darüber scheint mir überfällig.

Prof. Dr. W. Merbach

Kirchen bleiben im Dorferneuerungsprogramm außen vor

In der August-Ausgabe des EAK-Rundbriefs wurde unter dem Titel "Veränderte Förderkonditionen erschweren die Kirchensanierung" u.a. auf einen folgenschweren Beschluss zum Dorferneuerungsprogramm des Bundes und der Länder verwiesen. Im vergangenen Jahr hatte die für das Programm zuständige Planungsgruppe beschlossen, alle juristischen Personen ab sofort für nicht mehr förderfähig zu erklären. Diese Entscheidung zum Nachteil der Kirchengemeinden war mit möglichen Förderansprüchen anderer Personen des öffentlichen Rechts begründet worden.

Die Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Petra Wernicke, ist zwischenzeitlich mit ihrem Versuch gescheitert, diesen Missstand zu ändern. In der jährlichen Sitzung des Bund-Länder-Ausschusses für Agrarstruktur in Bonn am 19.11.2004 hatte Frau Wernicke ihren Kollegen von Bund und Ländern einen Kompromiss vorgeschlagen, demzufolge die Kirchengemeinden als "Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind" wieder in das Förderprogramm gelangen sollten. Zur Begründung wurde angeführt, Kirchen fungierten im ländlichen Raum vielfach als Begegnungszentren. Sie dürften somit gegenüber entsprechenden Einrichtungen der öffentlichen Hand nicht benachteiligt werden. Kirchengemeinden prägten darüber hinaus

wie kaum eine andere gesellschaftliche Institution das Dorfleben. Zwölf Bundesländer, darunter Bayern und Nordrhein-Westfalen stimmten dieser Änderung zu. Der mit einer Art Vetorecht ausgestattete Bund blieb jedoch bei seinem Nein. Frau Wernicke kündigte bereits an, das Thema in einem Jahr erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Jürgen Scharf

EAK Sachsen-Anhalt Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen

Wie es unsere Satzung vorschreibt, ist der Vorstand alle zwei Jahre neu zu wählen. Deshalb haben wir am Samstag den 29. Oktober 2004 zu einer Mitgliederversammlung alle Mitglieder eingeladen. Als Gäste konnten wir den EAK-Bundesvorsitzenden Herrn Thomas Rachel MdB und den Bundesgeschäftsführer des EAK Herrn Christian Meißner ganz herzlich begrüßen.

Der Landesvorsitzende Herr Jürgen Scharf sprach in seinem Bericht über die Arbeit des EAK Sachsen-Anhalt in den letzten zwei Jahren. In den Mittelpunkt hatte der Landesverband das Staat-Kirche-Verhältnis gestellt. Er erinnerte an die Auseinandersetzung um den Gottesbezug in der EU-Verfassung, den Erhalt des Dreikönigtages als gesetzlichen Feiertag und Mittel-

kürzungen für Kirchensanierungen (siehe unseren Beitrag in dieser Ausgabe). Hier habe der EAK mit unterschiedlichem Erfolg kritisch Stellung bezogen.

Größere Anstrengungen seien jedoch notwendig bei der flächendeckenden Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen: „Christliche Werte und Traditionen können über die Vermittlung im Unterricht am besten in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert werden.“

Jürgen Scharf heißt der alte und neue Landesvorsitzende des EAK Sachsen-Anhalt. Als seine Stellvertreter wurden Prof. Dr. Wolfgang Merbach und Michael Schekatz wieder gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: Frau Dr. Silke Bremer, Herr Wolfgang Löw, Herr Jürgen Gerlach, Herr Karl-Martin Kuntze, Herr Holm Dietze, Herr Dr. Uwe Heuck, Herr Karsten Knolle und Frau Christiane Schneppe.

Allen Gewählten unseren herzlichen Glückwunsch, Gottes Segen und viel Kraft für die kommenden zwei Jahre.

Einladung des EAK Niedersachsen

Der EAK in unserem Nachbarbundesland lädt uns ganz herzlich zu seiner Jahrestagung vom 14. bis 16. Januar 2005 nach Hermannsburg ein. Unter dem Thema: „Wirtschaftliche Zwänge und

ethischer Anspruch - Landwirtschaft und Dorf in der Klemme“ sollen Spielräume der Landwirtschaft unter EU-Bedingungen beleuchtet werden.

Anmeldungen:

Niedersächsische Lutherische Heimvolkshochschule Hermannsburg, 29315 Hermannsburg, Postfach 1280
Internet: www.hvhs-hermannsburg.de

Der Landesvorstand des EAK Sachsen-Anhalt begrüßt Sie alle ganz herzlich und wünscht Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes und friedevolles Weihnachtsfest. Ebenso wünschen wir Ihnen ein Frohes Neues Jahr. Bleiben Sie Gott befohlen und uns gewogen.

Jürgen Scharf **Michael Schekatz**
Vorsitzender